

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats
und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April bis
30. September 1984**

**Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats
für die Zeit vom 1. April 1984 bis 30. September 1984**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	2
1. Ministerkomitee	2
2. Parlamentarische Versammlung	2
II. Politische Fragen	3
1. Außenpolitischer Meinungs Austausch	3
2. Orwell-Kolloquium	3
III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgaben- bereichen	3
1. Menschenrechtsfragen	3
2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen	3
3. Kultur, Erziehung, Forschung und Sport	4
4. Medien	5
5. Jugendfragen	5
6. Umweltfragen	5
7. Raumordnung und Städtebau	5
8. Rechtsfragen	6

I. Allgemeines

1. Ministerkomitee

Die 74. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10. Mai 1984 stand unter Vorsitz des dänischen Außenministers Ellemann-Jensen. Am Vorabend waren die Minister, wie üblich, zu einem informellen Treffen zusammengekommen. Gleichzeitig fand auf der Ebene der Politischen Direktoren der 21 Mitgliedstaaten ein Meinungsaustausch statt. Die deutsche Delegation leitete Staatsminister Möllemann.

Während des informellen Treffens der Minister und des Meinungsaustausches der Politischen Direktoren wurden hauptsächlich Fragen der Ost-West-Beziehungen erörtert. Schwerpunkt war die Stockholmer Konferenz für Abrüstung und Sicherheit in Europa (KVAE).

Die Minister behandelten auch die Lage im Nahen Osten. Ferner brachte der dänische Vorsitzende die Möglichkeit einer Koordinierung der zwischenstaatlichen europäischen kulturellen Zusammenarbeit von Europarat und EG zur Sprache.

Während der Sitzung des Ministerkomitees sprachen sich die Minister für eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der EG in Richtung auf eine größtmögliche Komplementarität aus. Sie unterstrichen die Bedeutung des Europarats

- für den Schutz der Menschenrechte,
- als Forum für den Meinungsaustausch aller demokratischen Staaten Europas sowie
- seine vorrangige Rolle im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

Sie betonten die Notwendigkeit, die Arbeit des Europarats weiter zu straffen.

Dem zum 1. Oktober 1984 ausscheidenden Generalsekretär Karasek dankten die Minister für seine Tätigkeit.

Die Minister stimmten der Abhaltung einer europäischen Konferenz der für Menschenrechte zuständigen Minister grundsätzlich zu, ohne ein Datum festzulegen.

Der türkische Außenminister gab eine Erklärung zur Lage in der Türkei ab. Die Minister würdigten Fortschritte im Demokratisierungsprozeß der Türkei, unterstrichen jedoch die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen wie der vollständigen Aufhebung des Kriegsrechts. Sie äußerten ihre Besorgnis über die Lage im Bereich der Menschenrechte und forderten die rasche Wiederherstellung von deren uneingeschränkter Geltung.

Die Minister würdigten die im April 1984 in Lissabon von der Parlamentarischen Versammlung durchgeführte Konferenz „Nord/Süd: Europas Rol-

le“ und unterstützten die Forderung der Parlamentarier, daß Europa zu einer Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen beitragen sollte.

Der Vorsitz des Ministerkomitees ging mit Ablauf der 74. Sitzung auf Frankreich über, während die Bundesrepublik Deutschland den stellvertretenden Vorsitz übernahm.

Vom 24. bis 25. Mai 1984 fand in Berlin im Rahmen der Fachministerkonferenzen des Europarats eine Tagung der europäischen Kulturminister statt. Im Mittelpunkt standen Erörterungen zum Thema Kultur und Kommunikationstechnologien. Außerdem verabschiedeten die Minister eine Europäische Kulturerklärung, worin die gemeinsame europäische Identität hervorgehoben und an die Bürger appelliert wurde, das kulturelle Erbe zu erhalten. Die Gesellschaftspolitik sollte stärker an kulturellen Zielsetzungen orientiert werden.

Das Komitee der Ministerbeauftragten hielt im Berichtszeitraum fünf Sitzungen ab (370. bis 375.).

2. Parlamentarische Versammlung

Vom 7. bis 11. Mai 1984 trat die Parlamentarische Versammlung zum ersten Teil der 36. ordentlichen Sitzung in Lissabon zusammen. Im Vordergrund standen die erneute Wahl von MdB Dr. Ahrens zu ihrem Vorsitzenden, die Wiederzulassung der türkischen Abgeordneten, die Wahl des neuen Generalsekretärs des Europarats und die Ansprache des Staatspräsidenten von Portugal.

Die zwölköpfige türkische Delegation wurde auf Empfehlung des Geschäftsordnungsausschusses vom Plenum mit 91 Stimmen bei 50 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen zugelassen. Bei der Debatte über die Lage der Demokratie in der Türkei wurden zwar die Fortschritte im Demokratisierungsprozeß anerkannt, es überwogen jedoch die kritischen Stimmen. In einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Entschließung forderte die Parlamentarische Versammlung die Aufhebung des Kriegsrechts im ganzen Lande und volle Wiederherstellung der garantierten Menschenrechte sowie eine Amnestie für politisch Verfolgte.

Auf Einladung der Parlamentarischen Versammlung hielt Präsident Eanes am 9. Mai 1984 vor dem Plenum eine Ansprache, in der er die Rolle hervorhob, die der Europarat bei der Einigung Europas und der Bewältigung vieler neuer Herausforderungen in einer sich wandelnden Welt zu spielen berufen sei. Er ging auch auf die Bedeutung ein, die Portugal als Vermittler im Nord-Süd-Dialog mit den Entwicklungsländern zufalle. Immer wieder brachte der Präsident die Verbundenheit seines Landes mit Europa zum Ausdruck.

Zum Generalsekretär wurde im ersten Wahlgang mit 85 Stimmen der spanische Abgeordnete und frühere Außenminister Oreja gewählt.

Der Präsident des Ministerkomitees, der dänische Außenminister Ellemann-Jensen, erstattete der Versammlung Bericht und beantwortete Fragen der Abgeordneten.

Vom 9. bis 11. April 1984 veranstaltete die Parlamentarische Versammlung eine Konferenz mit dem Titel „Nord-Süd: Die Rolle Europas“ in Lissabon, an der Politiker und Regierungsvertreter aus allen Mitgliedstaaten sowie der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, und Vertreter aus Entwicklungsländern teilnahmen. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung von Lissabon mit einer Reihe von Vorschlägen zu prioritären Bereichen der Nord-Süd-Zusammenarbeit, insbesondere Ernährung und Landwirtschaft, Handel, Bevölkerung und Umwelt. Der Bundesminister des Auswärtigen richtete ein Grußwort an die Konferenz.

Vom 25. bis 28. Juni 1984 fand in Oslo eine Mini-Session — Tagung der Ausschüsse — statt, bei der neben politischen Fragen u. a. solche der Bevölkerungspolitik, der Wissenschaft und Technologie behandelt wurden.

83 Abgeordnete der Versammlung hielten sich auf Einladung des Deutschen Bundestages vom 4. bis 6. Mai 1984 zu einem Besuch in Berlin auf.

II. Politische Fragen

1. Außenpolitischer Meinungsaustausch

Am 5. April 1984 fand im Komitee der Ministerbeauftragten unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Außenministerien ein Meinungsaustausch über Fragen der KVAE statt; am 19. Juni 1984 wurden im gleichen Rahmen VN-Fragen erörtert sowie am 24. September 1984 der neueste Stand des Nord-Süd-Dialogs.

Am 16. Mai 1984 hatte der französische Minister für Europa-Angelegenheiten, Dumas, eine Aussprache mit den Ständigen Vertretern der Mitgliedsländer bei deren 372. Sitzung. Es wurden allgemeine Fragen der Europapolitik erörtert.

2. Orwell-Kolloquium

Ein vom Sekretariat des Europarats aus Anlaß des Orwell-Jubiläums organisiertes Kolloquium mit dem Titel „Mythos und Wirklichkeit — Mensch, Staat und Gesellschaft auf dem Prüfstand — 1984“ fand am 2. bis 4. April 1984 im Plenarsaal des Straßburger Palais de l'Europe statt. Ähnlich wie bei der Konferenz über Demokratieverständnis 1983 nahmen neben Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten aus zahlreichen europäischen und außer-europäischen Ländern daran teil. Die Themenkreise von Orwells 1984 wurden unter Gesichtspunkten wie Politik und Strategie, Abhängigkeit und Freiheit und Wissen und Gewissen durch Referenten zusammengefaßt und danach im Plenum diskutiert.

III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

1. Menschenrechtsfragen

Das Komitee der Ministerbeauftragten hat während seiner 375. Sitzung im September 1984 das vom Lenkungsausschuß für Menschenrechte im November 1982 fertiggestellte 7. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention angenommen, nachdem auch die Parlamentarische Versammlung dazu Stellung genommen hatte (vgl. Drucksache 10/838, S. 17 f.). Das Zusatzprotokoll erweitert die Konvention um fünf neue Rechte (vgl. Drucksache 10/21, S. 3). Das Protokoll bedarf der Ratifizierung. Es wird im November anläßlich der 75. Sitzung des Ministerkomitees zur Zeichnung aufgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bei der Abstimmung über das Zusatzprotokoll der Stimme enthalten, da ihren Vorschlägen auf Präzisierung des Begriffs der strafbaren Handlung in dem Zusatzprotokoll vom Komitee der Ministerbeauftragten nicht entsprochen wurde.

Ein Ausschuß hoher Beamter bereitet eine europäische Konferenz der für Menschenrechte zuständigen Minister vor, die auf österreichische Einladung im März 1985 in Wien stattfinden wird.

Der Expertenausschuß für die Erweiterung der Europäischen Menschenrechtskonvention führte im Mai 1984 einen ersten Meinungsaustausch über die Empfehlung 971 (1983) der Parlamentarischen Versammlung (Schutz von Gefangenen vor unmenschlicher Behandlung), welche u. a. eine Europäische Konvention gegen Folter vorschlägt, und die daraus zu ziehenden Folgerungen. Die Arbeiten des Expertenausschusses für das Verfahren nach der Europäischen Menschenrechtskonvention an einem Änderungsprotokoll, welches insbesondere Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren vor der Kommission enthält, stehen kurz vor dem Abschluß.

2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen

Das Komitee der Ministerbeauftragten befaßte sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer dritten Konferenz der für Wanderungsfragen zuständigen Minister und im Zusammenhang mit Empfehlung 968 der Parlamentarischen Versammlung mit Wanderarbeitnehmerfragen. Es nahm einen Bericht über die Lage der behinderten Wanderarbeitnehmer und über Maßnahmen zu ihrem Schutz zur Kenntnis.

Das Komitee der Ministerbeauftragten befaßte sich ferner mit Arbeitskräftefragen und der Empfehlung 981 der Parlamentarischen Versammlung über die Beschäftigungslage in Europa. Seitens der Bundesregierung wird die Initiative der Parlamentarischen Versammlung begrüßt mit der Einschränkung, daß die aus ihr abzulesende Aufforderung zu verstärkter staatlicher Investitionslenkung als Mittel zur Erhöhung der Beschäftigung nicht ihrer Politik entspricht.

Die Vorbereitung einer dritten *Konferenz der europäischen Arbeitsminister*, die auf Einladung der spanischen Regierung zu dem Thema allgemeine Beschäftigungslage, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Auswirkungen neuer Technologien auf dem Arbeitsmarkt Ende 1985/Anfang 1986 in Madrid stattfinden soll, wurde fortgesetzt.

Der *Lenkungsausschuß für Sozialfragen* berät derzeit über die Erweiterung der Europäischen Sozialcharta um vier weitere Rechte, nämlich das Recht auf Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Beschäftigung, das Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer bei Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt sowie das Recht der Älteren auf sozialen Schutz. Gegenwärtig wird durch einen Ausschuß von Regierungsvertretern eine Stellungnahme des Komitees der Ministerbeauftragten zu den Schlußfolgerungen der unabhängigen Sachverständigen über die Anwendung der Sozialcharta in der Zwei-Jahres-Periode 1980 und 1981 vorbereitet. Eine Beschleunigung des Prüfungsverfahrens wird mit für die einzelnen Mitgliedstaaten seit 1984 alternierenden Prüfungsperioden angestrebt.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* hat im September eine Empfehlung über die *Gleichheit von Mann und Frau in den Medien* [R (84) 17] angenommen.

Das *Büro des Ad-hoc-Ausschusses für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen* hat für eine mögliche Ministerkonferenz zum Thema Gleichberechtigung im Jahre 1986 die Themen „Frauen im politischen Entscheidungsprozeß“ und „Gleichberechtigungspolitik und Politik zur Beseitigung der Hindernisse für gleiche Chancen“ vorgeschlagen. Das Büro hat ferner einen Empfehlungsentwurf über Gewalt in der Familie vorbereitet und wird dem Ad-hoc-Ausschuß vorschlagen, Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt zu initiieren.

Die Vorbereitungsarbeiten für die 2. *Konferenz der europäischen Gesundheitsminister* (16. bis 18. April 1985, Stockholm) wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Der Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees über die *rechtlichen Pflichten der Ärzte gegenüber ihren Patienten* ist noch nicht verabschiedungsreif: Zunächst sollen die für die Berufsausübung des Arztes zuständigen nationalen Stellen beteiligt werden.

Aus dem Bereich des *Teilabkommens öffentliches Gesundheitswesen* haben die Ministerbeauftragten eine Entschließung über den *Inhalt von Packungsbeilagen bei Fertigarzneimitteln* [AP (84) 2] verabschiedet und Kenntnis von der Broschüre *Kosmetische Produkte, 2. Ausgabe und Pestizide, 6. Ausgabe* genommen.

Schweden, das dem Teilabkommen nicht angehört, wird in Zukunft auf dem Gebiet der Tierarzneimittelrückstände mitarbeiten.

Die *Europäische Arzneibuch-Kommission* hat sämtliche Monographien, Untersuchungsmethoden und

Reagenzien der 1. Ausgabe des Europäischen Arzneibuchs überarbeitet und für eine 2. Ausgabe vorbereitet, von der bereits acht Teilbände erschienen sind.

Der *Wiedereingliederungsfonds* hat seine diesjährige Gemeinsame Sitzung des Direktionsausschusses und Verwaltungsrats im Juni in der Türkei abgehalten und Projekte in Izmir, Ankara und Istanbul besichtigt.

3. Kultur, Erziehung, Forschung und Sport

Die 4. *Konferenz der Europäischen Kulturminister* fand auf Einladung der Bundesrepublik Deutschland vom 23. bis 25. Mai 1984 im Reichstagsgebäude in Berlin statt.

Das Hauptthema der Konferenz lautete: Kultur und Kommunikationstechnologien. Weitere Themen waren die kulturelle Zusammenarbeit in Europa, die kulturelle Situation der Wanderarbeitnehmer sowie die Verbreitung von Videokassetten mit gewaltverherrlichenden und brutalen Inhalten. Die Minister verabschiedeten auf einer besonderen Veranstaltung am 24. Mai 1984 eine *Europäische Erklärung über die kulturellen Zielsetzungen* durch feierliche Akklamation; sie soll als Bezugsrahmen für die künftige Programmausrichtung des Europarats im Kulturbereich dienen.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete im Juni eine Empfehlung über die *Lage der ausländischen Studenten* [R (14) 13] und im September über die *Ausbildung von Lehrern in der Erziehung zu interkulturellem Verstehen im Zusammenhang mit Migration* [R (84) 18].

Der Rat für Kulturelle Zusammenarbeit hat auf seiner 46. Sitzung am 12. bis 15. Juni 1984 in Straßburg neben der Festlegung seines operativen Programms für 1985 (Budgetansatz 10,8 Mio. FF) eine Stellungnahme an das Ministerkomitee zur Strukturreform der Kulturarbeit des Europarats verabschiedet. Hierzu war deutscherseits ein Memorandum vorgelegt worden mit dem Ziel, die kulturelle Zusammenarbeit des Europarats u. a. durch eine stärkere Anbindung an politische Vorgaben durch Fachministerkonferenzen effizienter zu gestalten und Doppelarbeit in den kulturellen Tätigkeitsprogrammen der multilateralen Gremien zu vermeiden.

Am 14. und 15. Mai 1984 fand in Belfast ein *Seminar über Ausbildungsangebote für Schulabgänger* statt. Es befaßte sich insbesondere mit den neueren britischen Berufsbildungsmaßnahmen und diente u. a. der Vorbereitung der 14. *Sitzung der Ständigen Konferenz der europäischen Erziehungsminister*, die im Mai 1985 in Brüssel die Frage der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für 16- bis 19jährige als Hauptthema diskutieren werden.

Vom 14. bis 16. Mai 1984 tagte in Straßburg die *Projektgruppe des Projekts Nr. 9 Erwachsenenbildung und Stadtentwicklung*. Hier waren die abschließenden Arbeiten bis zum Ende des Projekts im Jahre 1985 zu planen und vorzubereiten.

Auf Einladung der französischen Regierung fand am 17. September 1984 in Paris eine europäische Konferenz der Forschungsminister statt. Gegenstand der Konferenz waren Bemühungen um *intensive Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Forschergruppen* der beteiligten Länder sowie *die Erleichterung der Mobilität von Wissenschaftlern innerhalb Europas*. Dazu wurden — neben einer allgemeinen politischen Erklärung — zwei Resolutionen über *Europäische Netzwerke wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit* und über *Forschermobilität in Europa* verabschiedet.

Zur Arbeit des *Expertenausschusses über die Gentechnologie* wird auf Kapitel 8 Rechtsfragen verwiesen.

Die 4. Europäische Sportministerkonferenz fand vom 14. bis 16. Mai 1984 in La Valletta, Malta, statt.

Die Europäischen Sportminister zogen in einer Bewertung der zehnjährigen Bemühungen des Europarats zur Entwicklung des Breitensports eine positive Bilanz. Sie verabschiedeten die *Europäische Charta gegen Doping im Sport* und bekräftigten in neun weiteren Entschlüssen u. a. zu Fragen des wirtschaftlichen Umfeldes und der finanziellen Situation des Sports, der Beschäftigung im Sport, des Behindertensports, der Zuschauerausschreitungen bei Sportveranstaltungen sowie der Diskriminierung im Sport ihren gemeinsamen Willen, die Zusammenarbeit noch zu intensivieren.

Die Sportminister erklärten ihre Unterstützung für die Olympischen Spiele und den Wunsch nach erfolgreichen Bemühungen des IOC um die Erhaltung und Stärkung der olympischen Bewegung.

Das Komitee der Ministerbeauftragten hat im September eine Empfehlung zur *Europäischen Charta gegen Doping im Sport* [R (84) 14] verabschiedet.

4. Medien

Verschiedene Arbeitsgruppen und der politische Ausschuß des Lenkungsausschusses für Massenmedien befaßten sich mit der Ausarbeitung einer Empfehlung an die Regierungen zur Anmietung von Transpondern auf Rundfunksatelliten.

5. Jugendfragen

Das Europäische Jugendzentrum veranstaltete im Berichtszeitraum 13 Seminare, zwei Ausbildungskurse für Jugendleiter sowie sechs Sprachkurse mit folgenden Themenschwerpunkten: Friedenspolitik und Abrüstung, Jugendarbeitslosigkeit, Zukunft der Universitäten, Rolle des Jugendaustauschs im Ost-West-Dialog, jugendpolitische Zusammenarbeit mit Mittelamerika. Die beiden Ausbildungskurse für Jugendleiter dienten der Vermittlung teilnehmerorientierter interkultureller Lernmethoden. Im Berichtszeitraum nahmen an den Maßnahmen des Europäischen Jugendzentrums ca. 405 Personen teil (ohne Sprachkurse), davon 29 aus der Bundesrepublik Deutschland.

Das Europäische Jugendwerk förderte im Berichtszeitraum mit rund 4 Mio. FF 61 Maßnahmen internationaler Jugendorganisationen (davon drei Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland), an denen knapp 4 000 Personen teilgenommen haben (davon rund 400 Deutsche).

Der Ad-hoc-Ausschuß für Jugendexperten hat seinen Erfahrungs- und Informationsaustausch jugendpolitischer Probleme in den Mitgliedstaaten fortgeführt und mit der Vorbereitung der 1. Jugendministerkonferenz 1985 begonnen.

6. Umweltfragen

Die 4. Europäische Umweltministerkonferenz fand vom 25. bis 27. April 1984 in Athen statt. Die Minister verabschiedeten die für die Bundesrepublik Deutschland bedeutsamen Entschlüssen über politische Richtlinien und Gesetzgebung im Hinblick auf die Planung und das Management der Küstengebiete, Flußufer und Seeufer, die Erhaltung von Flora und Fauna und deren Lebensräume in Küstengebieten, an Fluß- und Seeufern, die Entwicklungen, die seit der 3. Europäischen Umweltministerkonferenz stattgefunden haben, die Durchführung der 4. Europäischen Umweltministerkonferenz und die Vorbereitung der 5. Konferenz.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete eine Empfehlung über die *Einführung nicht-einheimischer Arten* [R (18) 14].

Im Fachausschuß *Geschützte Gebiete* wurden Anträge des Freistaates Bayern auf Verleihung des Europadiploms an die Nationalparks Berchtesgaden und Bayerischer Wald behandelt. Abschließende Entscheidungen wurden darüber noch nicht getroffen.

7. Raumordnung und Städtebau

Im Berichtszeitraum wurden die Vorbereitungen für die 7. Europäische Raumordnungsministerkonferenz, die im Herbst 1985 in Den Haag/Niederlande stattfinden wird, fortgeführt. Zum aktuellen Konferenzthema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ liegen als Fallstudien Konferenzbeiträge der deutschen Delegation über die Entwicklungen im

— Oberrheingebiet,

— Dreiländereck Aachen-Lüttich-Maastricht und dem

— Boden- und Hochrheingebiet vor.

Auf der 3. Europäischen Konferenz der Grenzregionen, die am 4. bis 6. September 1984 im Zusammenwirken mit der EUREGIO in Borken/Westfalen stattfand, sind Perspektiven der institutionellen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erörtert worden. Weitere Themen waren den Problemen der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer, der wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzräume, der grenzüberschreitenden Verschmutzung der Umwelt und der Kooperation auf kulturellem Gebiet in diesen Regionen gewidmet.

In den *Lenkungsausschüssen für Raumordnung sowie Städtebau und Denkmalschutz* wurden Überlegungen zur thematischen Ausgestaltung einer Kampagne zur Förderung ländlicher Gebiete und zur Erhaltung und Erneuerung kleinerer Gemeinden im ländlichen Raum angestellt.

Vom 28. bis 30. Mai fand der Kongreß *Handwerk und Denkmalpflege* in Würzburg statt.

8. Rechtsfragen

Die *XIV. Konferenz der Europäischen Justizminister* fand vom 29. bis 31. Mai 1984 in Madrid statt. Sie verabschiedete eine Entschließung, nach der versucht werden soll, Grundprinzipien des Insolvenzrechts zu harmonisieren und internationale Probleme in diesem Bereich zu lösen. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wirksamkeit der Justiz in Zeiten wachsender Kriminalität, mit der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und das international organisierte Verbrechen und mit besonderen Verfahren zur raschen Durchsetzung von Forderungen.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* beauftragte den Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit mit der Prüfung von Fragen des Wahlrechts von Ausländern. Es verabschiedete eine Empfehlung zur *Staatshaftung* [R (84) 15], bei der sich die Bundesrepublik Deutschland der Stimme enthielt, da in dieser Frage, die in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, nicht alle Länder zustimmen konnten. Das Komitee der Ministerbeauftragten hat ferner eine Empfehlung über die *Notifizierung von Arbeiten mit Invitro-Neukombinierten Nukleinsäuren* ([R (84) 16] (s. o. Kap. 4 Forschung) verabschiedet. Es leitete den Entwurf eines *Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Internationalen Nicht-Staatlichen Organisationen* der Parlamentarischen Versammlung zur Stellungnahme zu. Ihm liegt der Entwurf für eine Empfehlung zum *rechtlichen Schutz gegen Diskriminierung der Geschlechter* zur abschließenden Beratung und Verabschiedung vor. Das Komitee der Ministerbeauftragten beschloß die Durchführung eines *Kolloquiums in Messina 1985* zum Thema Schutz des einzelnen vor Verwaltungsakten der Steuer- und Zollbehörden und einigte sich vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung im Rahmen der Beschlüsse über den Haushalt 1985 auf die Abhaltung eines *15. Kolloquiums über Europäisches Recht* in Bordeaux, auf dem das Thema der Staatshaftung behandelt werden soll. Über die Vorschläge zur Abhaltung eines Symposiums über den Zugang zu europäischen Datenbanken und einer Konferenz über die Lehre von Datenverarbeitung

und Recht an den Universitäten ist noch nicht entschieden worden.

Der *Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit* empfahl im Juni 1984 die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses für Probleme des Insider-Handels.

Im Bereich des *Strafrechts* verabschiedete das *Komitee der Ministerbeauftragten* im Juni Empfehlungen über das *Strafregister und die Rehabilitation von Strafgefangenen* [R (84) 10], die *Information über das Übereinkommen über die Überstellung von Verurteilten* [R (84) 11] und *ausländische Gefangene* [R (84) 12].

Der *Lenkungsausschuß für Strafrechtsfragen* leitete dem Komitee der Ministerbeauftragten zu abschließender Beratung und Verabschiedung den Entwurf eines *Europäischen Übereinkommens über strafbare Handlungen gegen Kulturgut* und eine Empfehlung über die *Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung über Schusswaffen* zu.

Im Juni 1984 nahm der neue *Unterausschuß Jugendkriminalität* seine Arbeit auf. Er befaßt sich mit neuen jugendstrafrechtlichen Sanktionsformen sowie der Problematik der Kriminalität der 2. Gastarbeitergeneration.

Im November wird ein *kriminologisches Forschungskolloquium* sich mit Fragen der Opfer von Straftaten beschäftigen.

Auf Einladung der spanischen Behörden fand vom 11. bis 13. Juni 1984 in Madrid eine vom Fachausschuß für Datenschutz ausgerichtete *Konferenz über Probleme der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Datenschutzes* statt. Das Treffen diente einem Erfahrungsaustausch zwischen den für die Datenschutz-Gesetzgebung Verantwortlichen solcher Staaten, die bereits über einschlägige Gesetze verfügen, mit den Vertretern derjenigen Staaten, die noch keine Datenschutzgesetze haben.

Der *Ständige Ausschuß nach Artikel 8 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen* hat die Arbeiten an dem Entwurf einer Empfehlung über Anforderungen, die bei der Schweinehaltung zu beachten sind, fortgesetzt.

Eine Arbeitsgruppe des *Ad-hoc-Sachverständigenausschusses für den Tierschutz* befaßt sich z. Z. mit dem Schutz von Heimtieren. Hierbei sind u. a. Regelungen für das Züchten, Halten und den Handel mit Heimtieren vorgesehen. Bisher ist noch nicht entschieden, ob künftige Bestimmungen des Europarats über den Schutz von Heimtieren die Rechtsform einer Empfehlung oder eines Übereinkommens erhalten werden.

Westeuropäische Union Halbjahresbericht der Bundesregierung für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1984

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	7
II. Politische Fragen	8
III. Haushaltsfragen	9
IV. Rüstungskontrollamt	9
V. Ständiger Rüstungsausschuß	9

I. Allgemeines

1. Im Mittelpunkt des Berichtszeitraums stand das Bemühen, für eine stärkere Nutzung der Westeuropäischen Union den politischen Konsens herbeizuführen sowie die formalen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.
2. Die Diskussion über die stärkere Nutzung der Westeuropäischen Union bestimmte auch die Tagesordnung der Sitzung des Rats auf der Ebene der Minister (*Ministerrat*) am 12. Juni 1984 in Paris unter Vorsitz des französischen Außenministers Cheysson. Der Bedeutung des Treffens angemessen waren alle Mitgliedstaaten — mit Ausnahme Italiens und der Niederlande — durch die Außenminister vertreten. Der Ministerrat erörterte außer der stärkeren Nutzung der WEU den Stand der Ost-West-Beziehungen. Im Anschluß an die Sitzung fand ein Arbeitssessen mit Mitgliedern des Präsidialausschusses, des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten und des Verteidigungs- und Rüstungsausschusses der Versammlung auf Einladung von Außenminister Cheysson statt.

Danach folgte eine gemeinsame Sitzung des Ministerrats mit dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und dem Verteidigungs- und Rüstungsausschuß der WEU-Versammlung. Behandelt wurde die stärkere Nutzung der WEU, die Verbesserung des Dialogs zwischen Rat und Versammlung sowie die Ost-West-Beziehungen. Im Anschluß an die Sitzung gab Außenminister Cheysson eine internationale Pressekonferenz.
Nach der Sitzung vom 12. Juni ging der Vorsitz im Ministerrat für die Dauer eines Jahres von Frankreich auf die Bundesrepublik Deutschland über.
3. Der Rat auf der Ebene der Ständigen Vertreter (*Ständiger Rat*) tagte regelmäßig auf Botschaferebene in London. Eine vom Ständigen Rat

unter Hinzuziehung der Politischen Direktoren eingesetzte *Besondere Arbeitsgruppe* zur Frage der stärkeren Nutzung der WEU erarbeitete unter Mitwirkung von Vertretern der Hauptstädte einen Bericht zu diesem Thema. Dieser wurde vom Ministerrat auf der o. a. Sitzung angenommen und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Ständige Rat beantwortete die Empfehlungen 396 bis 402 sowie die schriftlichen Fragen 241 bis 248, darunter die Frage 245 (zum Vorschlag des französischen Präsidenten Mitterrand vom 7. Februar 1984 in Den Haag betreffend eine „Europäische Weltraumgemeinschaft“) des deutschen Abgeordneten Lenzer (CDU).

Dem Ständigen Rat liegen derzeit die Empfehlungen 403 bis 410 der Versammlung (vgl. Ziffer I 4) zur Beantwortung vor.

Die *Arbeitsgruppe* des Ständigen Rats, in der die Antworten auf die Empfehlungen und schriftlichen Fragen abgestimmt werden, prüfte außerdem, welche neuen Aufgaben dem Rüstungskontrollamt nach dem Abbau der bisherigen Kontrollen zugewiesen werden können.

4. Überlegungen zur stärkeren Nutzung der WEU standen auch im Vordergrund der Beratungen beim 1. Teil der 30. ordentlichen Sitzungsperiode der *Versammlung* vom 18. bis 21. Juni 1984 in Paris.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, führte als Vorsitzender des Ministerrats den 29. Jahresbericht des Rats an die Versammlung ein. Für andere westeuropäische Regierungen sprachen die Staatsministerin im Foreign Office, Baroness Young, und der Staatssekretär im niederländischen Verteidigungsministerium, van Houwelingen.

Die Versammlung wählte den französischen Abgeordneten Jean-Marie Caro (UDF) als Nachfolger des italienischen Abgeordneten de Poi (DC)

zu ihrem neuen Präsidenten. Dieser stattete vom 17. bis 20. September 1984 in Bonn der Präsidentschaft im Rat seinen offiziellen Antrittsbesuch ab.

Die Versammlung verabschiedete folgende *Empfehlungen* an den Rat:

— Nr. 403:

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten und die europäische Sicherheit

(Koordinierung der Politik gegenüber dem Iran und Irak, u. a. Überprüfung durch Rüstungskontrollamt der Erklärungen der Mitgliedsländer, daß an kriegführende Parteien keine chemischen Waffen geliefert werden, Forderung nach Abzug aller ausländischen Streitkräfte; Bekräftigung gemeinsamen westeuropäischen Standpunkts zur Lage im Nahen Osten auf der Grundlage der Zehner-Erklärung von Venedig vom Juni 1980).

— Nr. 404:

Der Stand der europäischen Sicherheit

(organisatorische Änderungen im Internationalen Sekretariat der NATO, Verbesserung der logistischen Unterstützung, Ausrüstungsfragen).

— Nr. 405:

AWACS und NIMROD-Flugzeuge

(Hinwirken auf Kompatibilität und Standardisierung; Befürwortung des Einbaus von Luftbetankungsanlagen in die NATO-Maschinen E-3 A; Aufforderung an Frankreich, rasch über AWACS-Beschaffung zu entscheiden).

— Nr. 406:

30 Jahre revidierter Brüsseler Vertrag — Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rats (häufigere Tagungen des Rats unter Hinzuziehung der Verteidigungsministerien, Zuweisung von neuen Aufgaben an Rüstungskontrollamt und Ständigen Rüstungsausschuß, Abschaffung der konventionellen Herstellungs- und Mengenkontrollen, Zusammenlegung der ministeriellen Gremien an einem Ort, Unterrichtung übriger europäischer und atlantischer Gremien über Ergebnisse des Ministerrats).

— Nr. 407:

Politische Implikationen der europäischen Sicherheit 1984 — Antwort auf den 29. Jahresbericht des Rats

(organisatorische Anpassung der verschiedenen WEU-Organen an die neuen Bedürfnisse der Organisation, evtl. Erweiterung der WEU, neue Aufgaben von Rüstungskontrollamt und Ständigem Rüstungsausschuß, Bereitstellung finanzieller Mittel für die Versammlung, Unterrichtung der Versammlung über Beratungen in bezug auf Zukunft der WEU).

— Nr. 408:

Rüstungskontrolle und Abrüstung

(Verdeutlichung der Ziele in diesem Bereich in feierlicher Erklärung; Untersuchung der

Möglichkeit eines Interims-Abkommens auf der KVAE noch in diesem Jahr).

— Nr. 409:

Stellungnahme zum Haushalt der Verwaltungsorgane der WEU 1983

— Nr. 410:

Die militärische Nutzung des Weltraums

(Verhinderung der militärischen Nutzung des Weltraums, größere industrielle Beteiligung Europas an Nachrichtensatelliten und militärischen Satellitenprogrammen; Analyse der Folgewirkungen durch Ständigen Rüstungsausschuß; Studie des Rüstungskontrollamts über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in diesem Bereich; Vorschlag eines europäischen Programms für Überwachung und Aufklärungssatelliten, Ausarbeitung eines westeuropäischen militärischen Wettersatellitenprogramms.

Auf die ausführliche Unterrichtung über den 1. Teil der 30. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung durch die deutsche Delegation (s. Drucksache 10/1786 vom 23. Juli 1984) wird verwiesen.

5. Die italienische Regierung lud die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union aus Anlaß des 30. Jahrestags der Gründung der WEU auf den 26. und 27. Oktober 1984 zu einer *Sondersitzung* nach Rom ein. Der Ministerrat in seiner Sitzung am 12. Juni 1984 erteilte der Besonderen Arbeitsgruppe das Mandat, dieses Treffen in der Sache vorzubereiten. Anschließend an die Sondersitzung des Ministerrats findet eine Sondersitzung der Versammlung am 29./30. Oktober 1984, ebenfalls in Rom, statt.

II. Politische Fragen

1. Zur „Stärkeren Nutzung der WEU“

Der vom Ministerrat am 12. Juni gebilligte Bericht der Besonderen Arbeitsgruppe stellt hierzu sinngemäß fest:

Als Partner der Atlantischen Allianz sind sich die WEU-Mitgliedstaaten der Notwendigkeit bewußt, ihren Beitrag zum transatlantischen Dialog zu verstärken. Die internationale Lage, insbesondere das Anwachsen des sowjetischen Militärpotentials, ist in Westeuropa Anlaß zur Sorge. In dieser Situation bedarf es verstärkter sicherheitspolitischer Kooperation und dabei der Konsultationen und des gründlichen Nachdenkens, gerade auch im Kreise der Europäer. Schließlich sollte auch über Möglichkeiten zur Verbesserung der Rüstungs Kooperation unter den Sieben nachgedacht werden, ohne daß es zu Überschneidungen mit der Tätigkeit bereits bestehender Gremien kommen darf und der Kontakt zu den übrigen NATO-Partnern beeinträchtigt wird.

Die WEU ist gegenwärtig das einzige europäische Forum mit vertraglich geregelter Zuständigkeit für Verteidigungs- und Sicherheitsfra-

gen. Sie verfügt außer über einen Rat von Regierungsvertretern auch über eine parlamentarische Versammlung. Die Organe der WEU müssen ihren neuen Aufgaben im Rahmen ihrer stärkeren Nutzung angepaßt werden.

Der Ministerrat beauftragte in seiner Sitzung am 12. Juni 1984 die Besondere Arbeitsgruppe, zu diesen Punkten für das Ministertreffen im Oktober 1984 in Rom Vorschläge zu unterbreiten.

2. Die *Ost-West-Beziehungen* standen neben der stärkeren Nutzung der WEU im Mittelpunkt der Aussprache des Ministerrats am 12. Juni 1984. Bundesminister Genscher wertete in seinem Einführungsvortrag die Kritik der Sowjetunion an einer Revitalisierung der WEU als Hinweis dafür, daß die Sowjetunion die stärkere Nutzung der WEU richtigerweise nicht als Lockerung der Bindungen zu den USA, sondern als Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz einschätzte. Dies laufe dem sowjetischen Ziel, die Allianz zu spalten und zu schwächen, zuwider. Bundesminister Genscher begrüßte die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten in Dublin zum Gewaltverzicht und das dort von den USA ausgesprochene Angebot zur Fortsetzung des Dialogs mit der Sowjetunion, der — so Bundesminister Genscher — auf der Basis der in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung von 1972 formulierten Prinzipien geführt werden sollte. Die von Bundesminister Genscher vorgelegte Bewertung des Stands der Ost-West-Beziehungen fand die Zustimmung der anderen Delegationen.

3. *Abschaffung der die Bundesrepublik Deutschland betreffenden restlichen WEU-Herstellungsverbote im konventionellen Bereich*

Unter den WEU-Partnern herrschte seit Beginn der Diskussion über eine stärkere Nutzung der WEU Übereinstimmung, daß Voraussetzung hierfür die Abschaffung der als obsolet empfundenen und nur einen Mitgliedstaat betreffenden Herstellungsverbote im konventionellen Bereich (Annex III zu Prot. III) sein würde. Auf Antrag der Bundesregierung und auf Empfehlung des Obersten Befehlshabers der NATO hob der Ständige Rat am 27. Juni 1984 einstimmig die letzten nur die Bundesrepublik Deutschland betreffenden Herstellungsverbote im konventionellen Bereich betreffend Flugkörper größerer Reichweite und Lenkwaffen-Raketen sowie Bombenflugzeuge für strategische Zwecke auf. Der Rat folgte damit auch den Empfehlungen der Versammlung aus den Jahren 1982, 1983 und 1984.

Die Bundesregierung unterstrich bei der Gelegenheit, daß ihr Antrag nicht auf die Absicht

gegründet sei, strategische Raketen oder Bombenflugzeuge herzustellen und daß ihr Herstellungsverzicht in bezug auf ABC-Waffen unverändert fortbestehe.

4. Der Ständige Rat erörterte, ob oder inwieweit 30 Jahre nach Gründung der WEU auch auf die *Mengenkontrollen im konventionellen Bereich* (Annex IV zu Prot. III) verzichtet werden kann und welche möglichen Aufgaben dem Rüstungskontrollamt im Rüstungskontrollbereich künftig zuwachsen könnten. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ministerkonferenz in Rom beschäftigt sich die besondere Arbeitsgruppe auch mit dieser Frage.

III. Haushaltsfragen

Die Haushaltslage ist in den meisten Mitgliedstaaten unverändert angespannt. Im Berichtszeitraum wurde der revidierte Haushalt der WEU-Versammlung für das Jahr 1984 vom Ständigen Rat weitgehend auf der Grundlage der Stellungnahme des Haushalts- und Organisationsausschusses vom Oktober 1983 verabschiedet. Er sieht eine nominale Steigerung von rd. 6% vor.

IV. Rüstungskontrollamt (RKA)

Das Rüstungskontrollamt setzte im Berichtszeitraum die Mengenkontrollen der von den Vertragspartnern auf dem europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände und die Nichtherstellungskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

Der Direktor des RKA berichtete im Ständigen Rat über die Kontrolltätigkeit des RKA. Er trug außerdem erste Überlegungen darüber vor, welche Aufgaben das RKA bei einer Reduzierung seiner Kontrolltätigkeit übernehmen könnte.

Das Rüstungskontrollamt legte dem Rat einen Allgemeinen Bericht über die Verteidigungshaushalte 1983 der Mitgliedstaaten auf dem europäischen Kontinent vor.

V. Ständiger Rüstungsausschuß (SRA)

Der Ständige Rüstungsausschuß legte die aktualisierte vertrauliche Fassung des ersten Teils der Wirtschaftsstudie über die Rüstungsindustrien in den Mitgliedstaaten für den Zeitraum 1975 bis 1982 vor. Er wurde vom Ständigen Rat beauftragt, hiervon eine offene Fassung für die WEU-Versammlung zu fertigen. — Die vom Rat in Auftrag gegebene Studie über die japanische Rüstungsindustrie ist in Vorbereitung.

